



SIEGFRIED LEHMANN  
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

**bodenseeland**  
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL  
Jahnstraße 7  
Telefon: 07732 - 972443  
Telefax: 07732 - 972444  
siegfried.lehmann@web.de  
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Charlotte Biskup  
Persönliche Referentin

Büro:  
Rheingasse 8  
78462 Konstanz  
Telefon: 07531 - 2842620  
Telefax: 0711 – 2063-14641

Öffnungszeiten:  
Montag – Mittwoch + Freitag  
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 30.03.2015

## **Pressemitteilung des MdL Lehmann: „CDU-Bundestagsabgeordneter Andreas Jung blockiert den Erhalt der bewährten Kreisforstämter der Landkreise!“**

**Nach der Ablehnung eines Antrags der grünen Fraktion im Bundestag zur Sicherstellung einer nachhaltigen Forstwirtschaft durch die Ermöglichung von kooperativer Holzvermarktung durch die Stimmen der Regierungsfractionen zeigt sich der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann enttäuscht: „Ohne die Änderung des Bundeswaldgesetzes stehen die Kreisforstämter auf der Kippe!“. Auch der Konstanzer CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Jung hatte sich mit seiner Stimmabgabe gegen eine nachhaltige Waldbewirtschaftung durch die Kreisforstämter ausgesprochen.**

„Mit einer klaren Ablehnung einer Änderung des Bundeswaldgesetzes dokumentiert der CDU-Abgeordnete Andreas Jung, wie sehr der Union das Thema nachhaltige Waldbewirtschaftung am Herzen liegt – nämlich gar nicht“, so der grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann. „Damit rückt eine zwangsweise Auflösung der bewährten Forststrukturen in Baden-Württemberg leider immer näher.“ Auf Antrag der Grünen sollte das Gesetz so geändert werden, dass die Forstämter mit ihren 2800 Mitarbeitern in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben. Dies ist in Frage gestellt, weil das Bundeskartellamt angedroht hat, den Forstämtern aus Wettbewerbsgründen zu untersagen, Nadelstammholz aus dem Kommunal- und Privatwald vermarkten zu dürfen. „Das stellt die Kreisforstämter grundsätzlich in Frage“, erklärt Lehmann. Umso unverständlicher ist es für ihn, dass der CDU-Abgeordnete Jung gegen eine Änderung des Bundeswaldgesetzes votiert, die die Folgen abgemildert hätte.

Sauer aufgestoßen ist Lehmann die widersprüchliche Haltung der Union auf Landes- und Bundesebene. Noch am 27. März 2015 hatte die CDU-Fraktion eine Aktuelle Debatte im Landtag zum Kartellverfahren beantragt und der grün-roten Regierung vorgeworfen, sich zu wenig für den Erhalt der bewährten Forstamtsstruktur einzusetzen. „Solche Lippenbekenntnisse auf Länderebene helfen aber nicht, wenn die CDU auf Bundesebene keine Taten folgen lässt“, so der grüne Abgeordnete.

„Wenn die Bundesregierung jetzt nicht schnell handelt, sehe ich keine Möglichkeiten mehr, weitgehende Umstrukturierungen in Baden-Württemberg zu verhindern“, so Lehmann weiter. Noch im Mai könnte das Bundeskartellamt Baden-Württemberg einen Beschluss zugehen lassen, der aller Voraussicht nach einen sofortigen Umbau der Strukturen im Rahmen einer schnellen Übergangslösung zur Folge hätte.

Bisher übernehmen die staatlichen Förster im Wald alle Aufgaben für die Kommunen und Privatwaldbesitzer. Dazu zählen auch die vorbereitenden Dienstleistungen zur Holzernte, etwa die Markierung der zum Verkauf bestimmten Bäume. Das ist nach Ansicht des Kartellamtes aus Wettbewerbsgründen nicht zulässig.

„Unser Wald ist weit mehr als ein Wirtschaftsfaktor, er ist Lebensraum mit zentralen gesellschaftlichen Funktionen. Unsere Forstämter nehmen viele Aufgaben zur Sicherung der ökologischen Funktionen des Waldes wahr“, so Siegfried Lehmann. Eine Änderung des Bundeswaldgesetzes könnte gerade die Gemeinwohlorientierung der Waldbewirtschaftung stärker hervorheben. Leistungen wie die Auswahl und Markierung der für den Einschlag des Holzes vorgesehenen Bäume sollten als waldbauliche Maßnahmen angesehen werden. Solche Leistungen würden der ökologischen und ökonomischen Wertsteigerung der Wälder dienen und sollen nicht der Holzvermarktung zugerechnet werden. „Die in jedem Falle erforderliche Umstrukturierung wird dann aller Voraussicht nach nur den Holzverkauf betreffen, nicht mehr die Bewirtschaftung des Waldes an sich“, erklärt der Abgeordnete Lehmann. Er fordert die CDU auf, Baden-Württemberg zu unterstützen, das Bundeswaldgesetz sofort anzupassen und dem Land keine weiteren Knüppel mehr zwischen die Beine zu werfen.